

JAHRESKONFERENZ DER EUROPÄISCHEN METROPOLREGION MITTELDEUTSCHLAND DEMOGRAFIE UND IHRE HERAUSFORDERUNGEN AN DIE REGION

15. Dezember 2016 | Kongress- & Veranstaltungszentrum Luxor | Hartmannstraße 9-11 | Chemnitz

EINLEITUNG

Der Demografische Wandel ist in vollem Gange. Doch seine Auswirkungen präsentieren sich in den großen Städten und im ländlichen Raum Mitteldeutschlands höchst unterschiedlich. Wie geht die Region mit den heterogenen Herausforderungen um? Welche realistischen Steuerungschancen bestehen für Politik, Unternehmen und Zivilgesellschaft beim Thema Demografie?

Diesen Fragen widmete sich die Jahreskonferenz 2016 der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland unter dem Titel „**Demografie und ihre Herausforderungen an die Region**“. In Workshops erarbeiteten die Teilnehmenden konkrete Handlungsvorschläge für die Akteure und Netzwerke in den verschiedenen Arbeits-, Wissens- und Lebenswelten der Region.

INPUT

Politischer Beitrag von Staatssekretär Dr. Putz – Kernaussagen

I. Wachsende Großstädte und steigende Landflucht

- Durch Geburtendefizite und vor allem auch durch die Abwanderung junger Leute verliert Mitteldeutschland kontinuierlich an Einwohnern (Beispiel Sachsen-Anhalt: 20 Prozent weniger Einwohner als 1990).
- Große Städte (Leipzig, Chemnitz, Dresden, Jena, Erfurt etc.) können ihre Bevölkerungszahlen vergleichsweise stabil halten und wirken besonders auf junge Menschen attraktiv, da sie über Hochschulen sowie sonstige Bildungs- und Freizeitangebote und vielfältige Berufsperspektiven verfügen.
- Die Städte wachsen somit und immer mehr Menschen entdecken die Attraktivität des Standortes Mitteldeutschland, der sich stetig zu einem Wachstums- und Innovationsmotor in Deutschland entwickelt. Dies wird u.a. an der überproportionalen Entwicklung der Kreativwirtschaft und dynamischen Gründerszenen deutlich.
- Auf der anderen Seite zeichnet sich auch in Mitteldeutschland das weltweite Phänomen der Landflucht ab. Erfolgreiche Zukunftsgestaltung bedeutet daher auch Stabilisierung der ländlichen Räume sowie Sicherung der Daseinsvorsorge der auf dem Land verbleibenden Menschen.

II. Wandel durch internationale Zuwanderung

- Die Bevölkerungsentwicklung wird derzeit stark von internationalen Wanderungen, insbesondere durch die Zuwanderung von Asylbewerbern und Geflüchteten, beeinflusst. Dadurch erhöht sich die Einwohnerzahl und verbessert sich die Altersstruktur Mitteldeutschlands. Diese positiven demografischen Auswirkungen sind jedoch womöglich nur temporär und nicht nachhaltig. Das liegt daran, dass ein Großteil der Zuwanderer sich langfristig vermutlich in westdeutschen Städten niederlassen wird.
- Die Zuwanderung kann die demografischen Probleme Mitteldeutschlands nicht lösen, vielleicht aber entschärfen. Gleichzeitig werden neue Herausforderungen der Integration und kulturellen Öffnung der Gesellschaft gestellt, denen positiv gegenüber getreten werden sollen.

III. Demografiepolitik

- Demografiepolitik beginnt beim Engagement jedes Einzelnen, jeder Initiative und Kooperation in Vereinen und Verbänden.
- Die Europäische Metropolregion Mitteldeutschland spielt dabei eine wichtige Rolle, da sie über 75 Mitglieder in einer länderübergreifenden Aktionsplattform vereint.

IV. Verkehr und Mobilität

- Die Verkehrsanbindung spielt eine entscheidende Rolle bei der weiteren Entwicklung der gesamten Wirtschaftsregion. Sie muss gewährleisten, dass die Region innerhalb sowie mit deutschen und europäischen Nachbarregionen gut vernetzt ist.
- Die Europäische Metropolregion Mitteldeutschland kann hierbei Impulsgeber sein und Defizite aufzeigen, die dann von den Landesregierungen und –verwaltungen aufgegriffen werden können.
- Zentrale Aufgaben sind: Die Verbesserung der Verkehrsanbindung in den Verdichtungsräumen, sowie die Aufrechterhaltung der Mobilität in den ländlichen Räumen.
- Dass neben der Verbesserung des Straßensystems ein auch auf die Bedürfnisse des ländlichen Raums ausgelegter ÖPNV wichtig ist, zeigt sich u.a. durch die Vielzahl an öffentlichen und privaten Einrichtungen, die in Sachsen-Anhalt in den letzten Jahren geschlossen wurden (z.B. öffentliche Schulen, aber auch Zahl der Verwaltungen wurde minimiert und Ärzte werden weniger). Die Wege zu verbliebenen Einrichtungen werden dadurch immer länger und der ungehinderte Zugang aller Menschen zu diesen umso wichtiger.
- Der steigende Anteil älterer Menschen verlangt ebenfalls neue Lösungen (z.B. Ehrenämter im Bereich ÖPNV in Form von Bürgerbussen).
- Der Fahrrad- und Fußgängerverkehr soll mit dem ÖPNV vernetzt und auch die Attraktivität von E-Bikes und Mitfahrangeboten soll verstärkt werden.
- Ein Rückgang der Einwohnerzahlen bedeutet, dass Infrastrukturen weniger genutzt werden. Somit werden sie unwirtschaftlicher, bleiben aber dennoch unverzichtbar.
- Dieses Spannungsfeld ist in Sachsen-Anhalt allgegenwärtig – die Strategie ist daher: Anpassen, wenn z.B. Verkehrsangebote nicht mehr angemessen genutzt werden und gegensteuern, wo Stärken gestärkt werden sollen.
- Lokale Netze können dabei an das Landesnetz andocken. Länderübergreifend wird die Strategie von Ausbauvorhaben wie VDE 8 und Knotenbauten unterstützt, da diese eine bundesweite Erreichbarkeit der Zentren des Landes zum Ziel haben.

V. Erhalt lebenswerter Städte und Gemeinden

- Der Umbau der Städte steht weiterhin im Mittelpunkt der Stadtentwicklungspolitik des Landes Sachsen-Anhalt, wobei die Leerstandsentwicklung in den Kommunen eine aktuelle Herausforderung darstellt.
- Das Angebot an Wohnraum, wohnungsnaher Infrastruktur sowie von Dienstleistungen muss sich in qualitativer Hinsicht noch mehr verändern, z.B. durch altengerechte, betreute und barrierefreie Wohnformen, Barrierefreiheit im öffentlichen Raum usw.
- Für eine erfolgreiche Gestaltung der Region und die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung sind Kooperationen wie die der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland wichtig. Die Anforderungen an Metropolregionen sind dabei vielschichtig: Internationale Ausstrahlung,

Motor-sein für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklungen, Ausbauen der Gateway-Funktion etc.

VI. Daseinsvorsorge

- Die Leitbilder der Ministerkonferenz für Raumordnung vom März 2016 bilden den Rahmen für neue Strategien: Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, Sicherung der Daseinsvorsorge, Steuerung und nachhaltige Entwicklung der Raumnutzung sowie die Gestaltung des Klimawandels/der Energiewende.
- Die Gewährung der Daseinsvorsorge sowie die Wahrung der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in der Region sind zentrale politische Ziele, die generationenübergreifend und langfristig sichergestellt werden sollen. Dabei gelten eigene, auf die jeweilige Region abgestimmte Standards.

VII. Zusammenarbeit der mitteldeutschen Länder

- Die mitteldeutschen Bundesländer sind Vorreiter für eine innovative Demografienpolitik. Ihr Schwerpunkt liegt dabei im ländlichen Raum sowie im Zusammenwirken zwischen Stadt und Land. Im länderübergreifenden Projekt „Innovationspartnerschaft: Städtenetzwerk Demografie“ werden u.a. Wege gesucht, Lösungen und Optimismus in Zusammenhang mit der Problematik des demografischen Wandels zu fördern. Dabei wird ein breiter Ansatz an Themen verfolgt (u.a. Jugendbeteiligung, Zusammenhang von wirtschaftlicher Entwicklung und Demografie usw.).
- Zu verfolgende Ziele in den nächsten Jahren sind das weitergehend überdurchschnittliche Wachstum der Region, die Entstehung neuer Arbeitsplätze in der privaten Wirtschaft sowie die Beschäftigung der Menschen in Mitteldeutschland mit attraktiven Löhnen. Hierbei sind sowohl der Aufbau einer international wettbewerbsfähigen Wirtschaft auf der Basis einer leistungsfähigen Infrastruktur als auch das Gewährleisten attraktiver Lebensbedingungen mit einer hohen Lebensqualität für alle Altersgruppen von zentraler Bedeutung.

Wissenschaftlicher Beitrag von Prof. Dr. Behr – Kernaussagen

Prof. Dr. Behr leitete unter dem Titel „Der Tunnel am Ende des Lichts. Von der geschockten zur erschöpften Arbeitsgesellschaft“ aus wissenschaftlicher Perspektive in die Herausforderungen des demografischen Wandels ein.

Um die aktuellen Widersprüche und Ambivalenzen einer (scheinbar) rehabilitierten Arbeitsgesellschaft aufzuzeigen, ging der Soziologe auf zwei zeitgeschichtliche Phasen ein. Phase 1 umfasst die Jahre 1999 – 2006. Die zweite Phase beschreibt die Jahre 2006 bis heute.

Phase 1: „Transformationsschock“ (1999 – 2006)

Die Erste Phase trägt den Namen „Transformationsschock“. Als ihre zentralen Probleme fasst Behr die De-Industrialisierung und Arbeitslosigkeit als ‚Massenphänomen und Kollektivschicksal‘ zusammen. Denn trotz massiver Intervention durch arbeitsmarktpolitische Instrumente hielt sich die Arbeitslosenquote in Mitteldeutschland bis 2005 auf einem sehr hohen Niveau (zum Teil bis zu 20 Prozent).

In Folge dessen und auch, weil Qualifikationen nicht immer in ihrer vollen Wertigkeit anerkannt wurden, entwickelte sich Mitteldeutschland zu einer „gekränkten Arbeitsgesellschaft“. Die zwar engagiert

arbeitenden Personen waren zunehmend unzufrieden und empfanden sich nicht selten als „Bürger zweiter Klasse“.

Aus dieser Grundstimmung heraus entstand eine Arbeitsgesellschaft mit immer mehr Arbeitnehmern in zwei Geschwindigkeitszonen: Den „Angstbeschleunigten“ und den „Zwangsentleunigten“. Beide Gruppen neigen aufgrund von zeitlichem Druck, aus Mangel an Wertschätzung (symbolisch oder monetär) dazu, krank zu werden. Dies kann u.a. als Faktor für die Abwanderung und damit abnehmende Bevölkerungszahl in den neuen Bundesländern gesehen werden – von 1990 bis 2015 ging die Einwohneranzahl um 17 Prozent zurück.

Phase 2: „Mitteldeutschland auf Rehabilitierungskurs“ (ab 2006)

Die sinkende Arbeitslosigkeit sowie die steigende Anzahl Beschäftigter zeigt seit der Jahrtausendwende eine „Doppelrevolution“ an. So steigt das Beschäftigungsniveau trotz eines sinkenden Erwerbspersonenpotenzials und Schrumpfungszerektionen bleiben aus.

Die Faktoren, die zu dieser Erfolgsgeschichte geführt haben, sind laut Behr vielseitig. Er nennt hier u.a. die Industrie, die sich wieder etabliert hat, genauso wie die Frauen, die sich nicht zurückdrängen haben lassen, aber auch die Jungen und Älteren, die Mitteldeutschland treu geblieben sind.

Mitteldeutschlands Zukunft als „deutsches Schweden“

Um diesen Trend aufrecht zu erhalten und Mitteldeutschlands Stellung als „deutsches Schweden“ trotz sinkender Einwohnerzahlen (Minus zehn Prozent bis 2030), einer älteren Gesamtbevölkerung und einem damit einhergehenden Sinken des Erwerbspersonenpotenzials (Minus 23 Prozent bis 2030) zu halten, müssen laut Behr schon heute die richtigen Schritte unternommen werden.

Dazu gehört, endogene Potenziale zu erschließen und Arbeitslose in das Beschäftigungssystem zu integrieren. Weiterhin müsse der Nachwuchs bedarfsgerecht qualifiziert und in die Wirtschaft integriert werden, so dass weniger Abwanderung in die alten Bundesländer passiert. Zentral sei jedoch, um z.B. auch dem immer größer werdenden Problem des Fachkräftemangels zu begegnen, die Erschließung externer Potenziale. Dazu zählt neben der Unterstützung der Zuwanderung aus anderen Teilen Ostdeutschlands, Westdeutschlands sowie aus dem (EU-)Ausland und Drittstaaten auch die Integration von Geflüchteten.

So ließe sich eine neue Chancenkonstellation aufbauen, die durch neue Karriereperspektiven, einer niedrigeren Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und einem neuen Arbeitnehmer-Selbstbewusstsein geprägt wäre. Die sich daraus ableitende Verjüngung der produktiven Lebensgemeinschaften mache Freude, so Behr, und eine Kultur der Integration darüber hinaus Mut. Abschließend gab der Soziologie daher diese Empfehlung: „Bleiben – Rückkehren – Kennenlernen – Kommen!“

WORKSHOPS

Workshop I: **Arbeitswelt**

Thema

Sich wandelnde Berufsbilder stellen neue Anforderungen an die Qualifikation und die Leistungsfähigkeit von Mitarbeitern. Welche Rolle spielen dabei lebensphasengerechte Arbeitszeitmodelle und ein betriebliches Gesundheitsmanagement?

Moderation

Thomas Böhm; Amtsleiter Wirtschaftsamt, Burgenlandkreis

Input

Einführend in die Thematik zeigte Lars Frohn vom Netzwerk Gesundheit und Geschäftsführer des Klinikum Burgenlandkreis GmbH auf, wie Schulen das sogenannte „Apfellatein“ (gesunde Ernährung, Bewegung etc.) eigenständig umsetzen können. Außerdem ging es darum, wie Nachwuchs für Pflegeberufe akquiriert und Seniorenbeiräte in Projekten eingesetzt werden können.

Mario Senenko, Regionalleiter Mitteldeutschland des Netzwerkes „Wir für Gesundheit“, stellte daraufhin die Gesundheitskarte „Pluscard“ vor. Hierbei handelt es sich um ein zukunftsorientiertes Instrument der betrieblichen Gesundheitsvorsorge, das verschiedene Leistungen einer Krankenkasse vereint. Weiterhin sprach Senenko von den Vorteilen eines effektiven betrieblichen Gesundheitsmanagements – denn wer sich um die Gesundheit seiner Angestellten kümmere und Engagement zeige, der unterstütze damit die Zufriedenheit und Motivation seiner Mitarbeiter, was diese wiederum an das Unternehmen binden würde.

Ebenfalls zum Thema des betrieblichen Gesundheitsmanagements, aber auch zur psychischen Arbeitsunfähigkeit, sprach Frank Krüger vom Unternehmen BARMER. Er plädierte zudem dafür, die betriebliche Gesundheitsförderung in die Unternehmen aufzunehmen.

Wie innerbetrieblich mit dem demografischen Wandel umgegangen wird, berichtete Doreen Sandhop vom Arbeitnehmerverband Nordostchemie e.V. In ihrem Impuls ging sie auf die Demografieanalyse in Unternehmen sowie die auf den demografischen Wandel reagierenden Tarifvertrag der Nordostchemie ein.

Unter dem Stichwort der Work-Learn-Life-Balance schilderte Peter Jähnert, Personalreferent von KAESER KOMPRESSOREN SE in Gera, betriebsinterne Impressionen. Dabei gab er einen Einblick in die Personalentwicklung und den Arbeitsschutz seines Unternehmens. Außerdem referierte er zu einem in seinem Unternehmen genutzten Personalmanagementtool sowie dem Sozialwesen, wie es sich bei KAESER KOMPRESSOREN SE innerhalb der Pausenräume, der Kantine, etc. gestaltet.

Diskussion

Konkret auf die Arbeitswelt bezogen, wurde in der anschließenden Diskussion eine Arbeitsplatzsicherheit für Fachkräfte (bis zum Renteneintritt) thematisiert. Dabei wurden auch die Wiedereingliederung von älteren bzw. eingeschränkten Arbeitnehmern und die Möglichkeiten zur physischen Entlastung durch moderne Technologien im Arbeitsalltag aufgegriffen.

Auf die Frage nach den Herausforderungen der Zukunft wurde genannt, dass bereits jetzt ein Drittel der Menschen 50 Jahre und älter sei, wobei die Tendenz noch stiege. Chronische sowie altersbedingte Krankheiten würden somit zunehmen. Daher sei es zentral, in die Gesundheit zu investieren. Hierbei

wurden erneut die Stichpunkte des Betriebsgesundheitsmanagement (BGM) sowie der Betriebsgesundheitsförderung (BGF) aufgezählt.

In einem weiteren Punkt wurde die Problematik aufgezeigt, dass der geforderten Produktivitätssteigerung im Bereich des Gesundheitsmanagements, die politische Ebene im Gesundheitssystem eher hemmend gegenübersteht.

Weiterhin müssten Lösungen für die Problematik sinkender Fachkräftezahlen gefunden werden. Hier wurde als gemeinsame Herausforderung aller Teile Mitteldeutschlands das Werben um, sowie die Eingliederung von, Zuwanderern behandelt. Nicht nur aus den alten Bundesländern, sondern auch aus dem europäischen Ausland, z.B. dem Baltikum, sollten verstärkt Menschen zum Arbeiten und Leben nach Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen kommen.

Auch die Frage, welche Potenziale die eingewanderten Geflüchteten für den demografischen sowie wirtschaftlichen Aufschwung Mitteldeutschlands mit sich brächten, wurde zur Diskussion gestellt.

In diesem Zusammenhang wurde darüber diskutiert, die Attraktivität des Arbeitsraums Mitteldeutschland zu steigern. Auch die Vermarktung der Region Mitteldeutschland in den alten Bundesländern spielte dabei eine Rolle.

Fortführend ging es um die Kompetenzbildung im Bereich neuer Medien, die Frage nach der Sinnhaftigkeit eines kostenlosen Zweitstudiums, sowie der Förderung von Frauen in Führungspositionen im Sinne der Chancengleichheit.

Rolle der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland

Der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland wurde eine wichtige Rolle als Multiplikator zugesprochen, die Attraktivität der Region zu steigern und um für die Region Mitteldeutschland Rahmenbedingungen für die erfolgreiche Anpassung an den demografischen Wandel zu schaffen. Konkret sollen die in den Städten und Landkreisen vorhandenen Potenziale gebündelt werden, um mit gemeinsamen Lösungen, Aktionen und Maßnahmen für die Attraktivität Mitteldeutschlands (zum Beispiel auf Messen) zu werben.

Für die erfolgreiche Gestaltung des demografischen Wandels würden Wirtschaft- und Sozialpartner sowie Vertreter der Hochschulen und Universitäten benötigt. Daher wurde der Vorschlag unterbreitet, eine neue Projektgruppe unter dem Dach der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland zu gründen, die sich vertiefend mit der Ausarbeitung all der angesprochenen Punkte beschäftigt. Eine solche Projektgruppe könne der bereits bestehenden Arbeitsgruppe „Wirtschaft und Standortentwicklung“ untergeordnet werden und in Kooperation mit der Arbeitsgruppe „Demografie und Ausbildung“ tätig werden.

Workshop II: Wissenswelt

Thema

Immer weniger Menschen, immer mehr Wissen. Können Regionen durch integrierte Bildungslandschaften ihre Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Standortwettbewerb verbessern?

Moderation

Roland Liepold; Geschäftsführer, IHK Bildungszentrum Halle-Dessau GmbH

Input

Im Workshop „Wissenswelt“ ging es unter dem Schlagwort „Integrierte Bildungslandschaft“ um die Rolle von Um- und Einstiegsmöglichkeiten. Dabei wurde die Frage gestellt, welche Möglichkeiten bestehen und welche Möglichkeiten fehlen, um auf die (regionalen) Herausforderungen reagieren zu können.

Als Vertreterin der Arbeitskreise *SCHULEWIRTSCHAFT* berichtete Angela Papenburg von der GP Papenburg AG, was hierzu in der Phase der schulischen Ausbildung bereits getan werden kann und wird. Welche Angebote weiterhin von und für Unternehmen unterbreitet werden, wurde durch Bernd Wolter vom Arbeitgeberverband Nordostchemie e.V. vorgestellt. Die Schlagworte reichten hierbei vom Ausbildungsmanagement und Förderprogrammen über die Unterstützung der MINT-Bildung bis hin zur Mitarbeiterweiterbildung.

Schließlich gab Prof. Dr. Peer Pasternack vom Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg einen Einblick, welchen Beitrag integriertes Bildungsmanagement leisten kann.

Diskussion

Generell wurde der Fokus auf die Synchronisation der Kommunikation zwischen Wissenschaft und Nichtwissenschaft gelegt. In einer weiteren Differenzierung wurden dabei zwei große Themen genannt: Zum einen der Beitrag der Hochschulen in den Bildungsketten und zum anderen der Transfer von wissenschaftlichem Wissen in Wirtschaft und Gesellschaft. Dabei wurde aufgezeigt, dass Transferstellen vor konkreten Herausforderungen stehen. Als problematisch für Transferstellen wurde erkannt, dass durch die nicht branchenspezifische Arbeitsweise durch zu viele Anfragen und Anforderungen eine strukturelle Überforderung entsteht.

Aus akademischer Sicht wurde als ein weiteres Problem angesprochen, dass Beratungen und Stellungnahmen durch wissenschaftliche Einrichtungen bei den Auftraggebern nicht die entsprechende Beachtung und Berücksichtigung finden, wodurch eine Fülle an Wissen und Erkenntnissen verloren gehen. In diesem Zusammenhang wurden eine Überbürokratisierung und die dadurch bedingte Überinformation von Gesellschaft und Politik angesprochen und als ein Grundproblem identifiziert. Als positive Kehrseite wurde genannt, dass es somit immer Angebote gäbe, die abgefragt werden können.

Aus der Diskussion ergab sich darauf aufbauend die Frage, ob Wissenschaftler zum wirtschaftsorientierten Arbeiten befähigt werden müssen. Als Lösungsvorschlag wurde ein Konzept benannt, das Transfereinrichtungen als One-Stop-Agencies nach dem Modell der Bürgerämter sieht. Hierbei kümmern sich die Wissenschaftler um die Anliegen ihrer Auftraggeber, vermitteln regional und können anschließend Kooperationsvorschläge u. ä. liefern.

Im Bereich der schulischen Bildung wurde darauf verwiesen, die Schulentwicklung kritisch zu beobachten. Als Chance wird hierfür die momentane Ausbildung neuer Lehrer gesehen. Deren Ausbildung muss sie künftig besser dazu befähigen, Schüler auf die aktuellen und die zukünftigen Herausforderungen

vorzubereiten. Die Einführung neuer Schulfächer wie „Berufsorientierung“, „Herausforderung“ und „Verantwortung“ könnten dabei einen Beitrag leisten.

Rolle der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland

Die Europäische Metropolregion Mitteldeutschland wird als Plattform gesehen, um sich auf länderübergreifende Formate zu verständigen, mit denen es gelingen kann, Anreize dafür zu schaffen, im Transfer erfolgreich zu sein. Als Best-Practice-Beispiel wurde hier die futureSAX genannt, die einen Transferpreis für Sachsen auslobt.

Eine Möglichkeit, Region und Forschung besser befördern zu können, wird darin gesehen, die Arbeitsgruppen der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland als Plattformen für einen themenspezifischen Austausch bekannter zu machen. Die dadurch entstehende Transparenz durch Information und die Wertschätzung guter Beispiele auf dieser Ebene werden als förderlich betrachtet. Vertiefende Arbeiten an konkreten Projekten und Aufgaben sollten in (temporären) Projektgruppen erfolgen.

Die Koordinierung der Landesarbeitsgemeinschaften *SCHULEWIRTSCHAFT* in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen wird als zielführend erachtet, um sich mitteldeutschlandweit mit den Themen und Handlungsfeldern Chancenberufe, Koordination von Praktika, Digitale Berufsorientierung, Teilqualifizierung, Neue Lernmethoden sowie Neue Kompetenzen zu beschäftigen und diese abzustimmen. Darüber hinaus müssen die Kultusministerien der Länder durch die Europäische Metropolregion dringend dafür sensibilisiert werden, dass die Weiterbildung der Lehrer diesen unbedingt auch regelmäßig Einblicke in die Wirtschaft der Region ermöglichen muss. Nur dann können die Lehrer ihren Schülern ein realistisches Bild von den Bedarfen und den Möglichkeiten in den regionalen Unternehmen vermitteln.

Als weitere Aufgabe wird die Koordinierung der MINT-Regionen in Mitteldeutschland angesehen.

Zentral bei allen angesprochenen Punkten kann der Wunsch festgehalten werden, die Europäische Metropolregion Mitteldeutschland als Kommunikationsplattformen für diese Themen auszubauen.

Workshop III: Kulturwelt

Thema

Kulturelle Angebote erhöhen die Lebensqualität und sind daher geeignet, die Menschen stärker an ihre Regionen zu binden bzw. die regionale Identität zu erhöhen. Zugleich ist die kulturelle Infrastruktur ein Standortfaktor. Für die Zukunft gilt es, das in Mitteldeutschland vielfältig erhaltene kulturelle Angebot im Zusammenspiel zwischen öffentlicher Hand und bürgerschaftlichem Engagement langfristig zu sichern und auszubauen.

Moderation

Dr. Ludwig Scharmann; Sächsisches Staatsministerium des Innern

Input

Dr. Ludwig Scharmann leitete den Workshop mit der Tatsache ein, dass die drei mitteldeutschen Länder bei der öffentlichen Finanzierung von Kulturangeboten im bundesdeutschen Vergleich überdurchschnittlich viel Geld aufwenden: Sachsen 192 € je TEinw., Thüringen 140 €, Sachsen-Anhalt 123 € gegen 106 € im Bund (2013). Noch höher sind die Anteile im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung und ohne Berücksichtigung der Stadtstaaten. Ursachen hierfür liegen in der historischen Kleingliederung Mitteldeutschlands und in einer auch zu DDR-Zeiten sehr dichten Theaterlandschaft. Zur Rechtfertigung dieser Kulturaufwendungen werden im Allgemeinen die Funktionen von Kultur als Identitätsstifter, als Bildungsangebot sowie als wirtschaftlicher Standortfaktor genannt. Letzteres ist jedoch nicht unumstritten wie etwa unterschiedliche Einschätzungen des amtierenden Ministerpräsidenten und seines Vorgängers belegen. Unstreitig ist allerdings, dass der Kultur- und Kreativwirtschaft in Großstädten insgesamt positive Aussichten eingeräumt werden. Demgegenüber steht das im Wesentlichen auf dem Ehrenamt beruhende Kulturangebot im ländlichen Raum vor größeren Herausforderungen.

Thomas Früh vom Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst stellte u.a. die Vorteile der regionalen Kulturfinanzierung durch das Sächsische Kulturraumgesetz heraus. Er zeigte auf, dass dieser in Deutschland einmalige Ansatz nicht nur einen Beitrag zum kommunalen Kulturlastenausgleich verfolge, sondern gezielt auch der Förderung des bürgerschaftlichen Kulturrengagements im ländlich geprägten Raum diene. Gerade im ländlichen Bereich stellen allerdings vor dem Hintergrund des Bevölkerungsrückgangs die – tendenziell ohnehin steigenden – Kulturausgaben ein Problem dar.

Oberbürgermeister Peter Kuras zeigte am Beispiel des Oberzentrums Dessau-Roßlau auf, welche Aufwendungen der Kernstadt sich durch den Erhalt von Kultureinrichtungen – hier namentlich des Theaters – ergeben. Einen Lastenausgleich wie in Sachsen gebe es nicht, so dass für alternative oder dezentrale Kulturangebote kaum noch finanzieller Spielraum vorhanden sei.

Auf die Frage, wie kulturelles Angebot im ländlichen Raum durch bürgerschaftliches Engagement geschaffen und gestärkt werden kann, ging Klaus Börngen, Bürgermeister der Gemeinde Göpfersdorf sowie Sabine Hofmann vom Förderverein Burg Posterstein im Altenburger Land, ein. Hier konnte eindrucksvoll belegt werden, dass durch die Einbeziehung lokaler Sponsoren und basierend auf einer professionellen Unterstützung durch die im Hauptberuf in der Museumsleitung tätige Frau Hofmann die Relikte der Vergangenheit für die Bürger von heute sinnvoll nutzbar gemacht werden können. Gerade hier wurde die identitätsstiftende Bedeutung sehr deutlich.

Durch Philipp Baumgarten vom Kultur- und Bildungsstätte Kloster Posa e.V. in Zeitz, wurde aufgezeigt, wie alternative Lebensformen und soziokulturelle Kulturangebote im ländlichen Raum Platz greifen könnten. Insofern bietet der ländliche Raum auch „Freiräume“, die als Chance zu nutzen sind.

Diskussion

Wichtig war den Teilnehmenden festzuhalten, dass Kultur selbst demografische Entwicklungen nicht grundsätzlich verändern kann. Kulturelle Infrastruktur kann den demografischen und gesellschaftlichen Wandel in Stadt und Land allerdings begleiten und Impulse setzen.

Es wurde aufgezeigt, dass es besonders in ländlichen Gebieten möglich ist, Menschen zu mobilisieren und für die Erhaltung und die Inwertsetzung von Kulturgütern zu begeistern.

Das Anknüpfen an Traditionen allein reicht jedoch nicht; vielmehr muss das kulturelle Erbe mit den Ansprüchen und Wünschen von heute verknüpft werden, um Impulse für deren Erhalt und damit für die Förderung bürgerschaftlicher Aktivitäten in den Dörfern und den Kleinstädten setzen zu können. Auch auf dem Lande ist ein Mindestmaß an Professionalisierung erforderlich, was Mitwirken verschiedenster Menschen mit unterschiedlichem beruflichem Hintergrund erfordert (vom Künstler bis zum Steuerberater). Insofern ist eine Stärkung des Ehrenamtes nur im Zusammenspiel mit professioneller Beratung angezeigt.

Bezüglich der Stimulierung bürgerschaftlichen Engagements wurde herausgestellt, dass zunächst mit kleineren, überschaubaren Projekten begonnen werden sollte, um später dann die so gewonnenen Erfahrungswerte auf größere Projekte anzuwenden zu können.

Zu den infrastrukturellen Voraussetzungen, Kultur zu erhalten und auszubauen zu können, gehört allerdings auch ein Mindestmaß an verlässlicher öffentlicher Grundfinanzierung; hier wurde eine neue Form von „dezentraler“ Kulturpolitik angemahnt. Aufgezeigt wurde in der Diskussion nämlich auch, dass Kulturangebote im ländlichen Raum ohne kommunale Förderung kaum umsetzbar sind.

Die Rolle der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland

Die Europäische Metropolregion Mitteldeutschland soll die identitätsstiftende Wirkung von Kultur stärker herausstellen und Kultur somit als Standortfaktor für die Region Mitteldeutschlands bewerben. Dazu zählt auch, die Kulturträger untereinander zu vernetzen und „Best Practice“ zu veröffentlichen sowie diesen Diskussionsprozess zu begleiten.

Die Beteiligung der Akteure auf regionaler Ebene wird als unverzichtbar angesehen. Die Kommunen sind als Träger wichtige Partner, um zum Beispiel die Bürgerschaftsarbeit zu fördern oder auch ehrenamtliche Initiativen professionell zu begleiten. Auch die regionale Wirtschaft mit ihren Unternehmen wurde als wichtig angesehen, da diese, beispielsweise durch Sponsoring, unterstützen kann und gleichzeitig einen Nährboden für die Nachfrage nach Kultur darstellt. Weiterhin wurde die Rolle des ÖPVN benannt, ohne den die Teilhabe an Kulturangeboten dauerhaft nicht möglich sei; mit Blick auf den demografischen Wandel müssten auch Mobilitätsangebote neu gedacht werden. Auch hier wird die Europäische Metropolregion Mitteldeutschland als Plattform für Austausch und Abstimmung gesehen.

Zu den Erwartungen an die Europäische Metropolregion Mitteldeutschland gehört auch ihr möglicher Beitrag zu einer Entbürokratisierung gerade in der Kulturförderung. Mit Blick auf die Potenziale der Kultur- und Kreativwirtschaft sollte sie zudem darauf hinwirken, Freiräume für alternative Kultur- und Lebensformen in Stadt und Land zu schaffen und zu erhalten – gerade im Wettbewerb mit anderen Metropolregionen eine Chance für die Region!

Workshop IV: Lebenswelt

Thema

Der Demografische Wandel verändert das Zusammenleben in Städten und ländlichen Räumen. Vor welchen Veränderungen steht die öffentliche Infrastruktur in den Bereichen Mobilität, Wohnen, Bildung und medizinische Versorgung?

Moderation

Christian Grötsch; Bundesverband eMobilität, Landesvertretung Mitteldeutschland

Input

Im Input zum Workshop wurde die Herausforderung thematisiert, die Erreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen im ländlichen Raum in Zukunft zu gewährleisten. Hierfür stellte Gesine Sommer vom Amt für Kreisentwicklung Landkreis Leipzig den Ansatz des Forschungsprogramms Stadtverkehr (FoPS) zur regionalen Daseinsvorsorge vor. Ziel des Forschungsprogramms ist es, anwendungsorientierte, wissenschaftliche und praktische Erkenntnisse für die Entscheidungsträger im Bereich Stadt- und Regionalverkehr zu erarbeiten und zur Verfügung zu stellen. In diesem Zusammenhang wurde im Zeitraum von Dezember 2013 bis Oktober 2015 für das Gebiet des MDV (Mitteldeutscher Verkehrsverbund) eine Analyse zur Sicherung der Daseinsvorsorge durch regionale Abstimmung von ÖPNV- und Versorgungsstrategien durchgeführt und Handlungsempfehlungen erarbeitet, um die nachteiligen Auswirkungen des demografischen Wandels abzumildern.

Weiterführend stellte Thomas Böge, Bürgermeister der Gemeinde Thallwitz, das Projekt „Netzwerk Multipler Häuser“ in der Region Wurzen Land vor. Leerstehende Häuser wurden zu gemeinschaftliche Stützpunkten von Dienstleistern aufgebaut, die die Nachbarschaft stärken und die Dörfer wieder attraktiver machen sollen. Die Dienstleister können die Räume stundenweise nach Bedarf anmieten und so regelmäßig in allen Häusern des Netzwerkes z.B. Sprechstunden und Behandlungen anbieten. Die Gemeinschaftsräume können darüber hinaus für Veranstaltungen, Vorträge und durch Vereine oder für private Feiern gebucht werden. Das Konzept ist flexibel erweiterbar und kann jederzeit an die Bedürfnisse der Nutzenden angepasst werden. Im Zusammenhang mit dem Projekt wurden ein Buchungs- und Abrechnungssystem sowie eine Kommunikationsplattform etabliert.

Auf das Projekt „Immergrün“ zum Wohnungsneubau im Jenaer Norden ging Markus Würtz von den Jenaer Stadtwerken GmbH ein. Hier wurde ein Wohnungsneubau mit Mehrfamilienhäusern und insgesamt 90 Wohnungen vor dem Hintergrund des akuten Wohnraummangels realisiert. Die entstandenen Wohnungen sind barrierefrei, für alle Lebensabschnitte geeignet und energiesparend. Darüber hinaus sind sie infrastrukturell umfassend erschlossen. Dazu gehört neben einer guten Anbindung an den ÖPNV eine E-Carsharing-Stelle, die exklusiv für die Mieter der Wohnanlage zur Verfügung steht.

Diskussion

In der anschließenden Diskussion stellte sich heraus, dass Carsharing in Kleinstädten und im ländlichen Raum für die betreibenden Unternehmen oftmals nicht rentabel ist, weshalb es hier neue Lösungen brauche. Alternative Lösungen, wie die Schaffung eines Netzwerkes aus Privatpersonen, Verwaltung und Unternehmen, um z.B. Dienstfahrzeuge der Verwaltung nach Dienstschluss für private Zwecke nutzbar zu machen, befinden sich in der Erprobung und wurden in die Diskussion eingebracht. Weiterführend kam der Gedanke auf, dass eine Verknüpfung mit dem Konzept der Multiplen Häuser denkbar wäre.

Der Einfluss der Digitalisierung auf die Mobilität war weiterer Bestandteil der Diskussion und es wurde der Themenkomplex des Konzeptes des autonomen Fahrens angesprochen, welches eine Chance für den ländlichen Raum bieten könnte.

Finalisierend wurde festgehalten, dass zur Umsetzung von Konzepten wie dem Carsharing die Finanzierungssysteme des ÖPNVs angepasst werden müssten.

Rolle der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland

Die Europäische Metropolregion Mitteldeutschland wurde in der Verantwortung gesehen, den Fokus der Öffentlichkeit auf den ländlichen Raum zu lenken, da dieser auch von den Oberzentren gebraucht werde (Stadt-Land-Kooperationen stärken).

Ferner wurde gefordert, die Familienfreundlichkeit der Region stärker hervorzuheben. So sei es essentiell, die guten Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Mitteldeutschland stärker zu kommunizieren.

Zur Problematik des steigenden Fachkräftemangels wurde vorgeschlagen, eine Projektgruppe zum Thema „Fachkräftesicherung“ aufzustellen, die der Arbeitsgruppe „Wirtschaft und Standortentwicklung“ zugeordnet wäre. Hier könnten Unternehmen aus unterschiedlichen (defizitären) Bereichen wie der Pflege, Medizin oder dem Handwerk gemeinsam eine Antwort auf die Frage finden, wie externe Potenziale erschlossen und endogene Potenziale in der Region erhalten werden können. Dazu könnte das Potenzial an Hochschulen in der Region, das sich u.a. durch die hohe Anzahl ausländischer Studierenden ergibt, stärker genutzt werden. In Gemeinschaftsarbeit könnten Best Practices gesammelt, beobachtet und bewertet werden, um dann auf der Website bzw. in dem Newsletter der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland für alle Interessierten zur Verfügung zu stehen.